

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Paritätischer fordert Regelsatz von 529 Euro

Als viel zu niedrig und »in keiner Weise bedarfsdeckend« kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze zum 1. Januar 2018 um lediglich 7 Euro auf dann 416 Euro. In einer Studie hatte der Verband der Bundesregierung zuletzt manipulative Eingriffe in die statistischen Berechnungen vorgeworfen, die aktuell zu einer Unterdeckung der Regelsätze in Hartz IV führen. Ohne Korrektur würden die zu niedrigen Regelsätze nun schlicht entsprechend der Preis- und Lohnentwicklung fortgeschrieben. Nach den Berechnungen des Paritätischen müsste der Regelsatz für Erwachsene bei sachgerechter Herleitung auf 529 Euro angehoben werden.

www.der-paritaetische.de

Arbeitsgruppe zum Bundesteilhabegesetz gegründet

Der Deutsche Verein für öffentlich und private Fürsorge e. V. hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit den Folgen des Bundesteilhabegesetzes auf Leistungsträger und Leistungsanbieter befassen soll. Insbesondere soll es um die im Gesetz geforderte Trennung der »Fachmaßnahmen« von den »existenzsicheren Leistungen« gehen. In einer ersten Sitzung im Juli 2017 wurden dazu die Überlegungen des Landschaftsverbands Rheinland und der Lebenshilfe Sachsen vorgestellt. Deren Beiträge stellten die derzeitige Finanzierung stationärer Einrichtungen der Eingliederungshilfe vor und versuchten daraus eine prozentuale Zuordnung der Leistungen vorzunehmen. Die Aufgaben und Berechnung der neuen individuellen Assistenzleistungen (§ 113 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 78 SGB IX) wurden nicht erfasst. Der Landschaftsverband Rheinland sicherte zu, dass keine Lücke bei der Vergütungsumstellung für die Einrichtungen entstehen soll. Von der Lebenshilfe Sachsen wurde darauf hingewiesen, dass künftige Bewohnerverträge durchaus

Bestandteile enthalten könnten, die steuerrechtlich unterschiedlich zu bewerten seien (Miete, Verpflegung, Betreuung). www.deutscher-verein.de

Eingliederungshilfe im Rheinland

Der Landschaftsverband Rheinland hat in einem nicht öffentlichen Bericht für den Sozialausschuss die Basisdaten zum stationären und ambulant unterstützten Wohnen sowie zur Teilhabe am Arbeitsleben für die einzelnen Kommunen im Rheinland aufgeschlüsselt. Diese zeigen teilweise erhebliche Unterschiede zwischen den Entwicklungen in den einzelnen Städten und Kreisen. So schwankt etwa der Anteil der selbstständig mit ambulanter Unterstützung lebenden Leistungsberechtigten an der Gesamtzahl der Wohnhilfe-Empfänger zwischen 47 und 74 Prozent. Der Datenbericht ist als Ergänzung zum Bericht der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe gedacht. Diese führt jährlich ein Benchmarking im Bereich der Eingliederungshilfe durch. Diese Berichte stehen online zur Verfügung.

www.lvr.de

www.bagues.de/de/veroeffentlichungen/kennzahlenvergleiche

Reform der Alterssicherung gefordert

Einen grundlegenden Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband von der Bundesregierung. In einem 11-Punkte-Programm legt der Verband ein Reformkonzept zur Sicherung der Renten und der Verhinderung von Altersarmut vor. Die wachsende Altersarmut sei auch eine Konsequenz der Rentenpolitik seit der Jahrtausendwende. In seiner Analyse zeigt der Verband auf, dass die Wahrscheinlichkeit, im Alter bedürftig zu sein, mit jedem Rentenjahrgang steigt. Eine erfolgreiche Gesamtstrategie müsse bereits im Erwerbsleben ansetzen und die gesetzliche Rentenversicherung stärken. Die Spannweite der Vorschläge reicht von einer deutlichen Erhöhung des

Mindestlohns über die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent bis zur Reform der Altersgrundversicherung mit einer bedarfsgerechten Erhöhung der Regelsätze. Das Konzept steht auf der Webseite des Paritätischen als Broschüre zur Verfügung. www.der-paritaetische.de

Inklusion kommt voran

Viele Menschen mit Behinderung leben zwar noch in Großeinrichtungen; das ambulante Wohnen aber wächst stetig. Das ist ein Ergebnis der neuen »Situationsanalyse zum Stand der Sozial- und Teilhabeplanung in Baden-Württemberg«. Die Ergebnisse einer Datenerhebung zur Situation von Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung und Menschen mit seelischer Behinderung aus den Jahren 2014 und 2015 hat der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) vorgelegt. Bisher war zwar bekannt, wie viele Menschen mit Behinderung Eingliederungshilfe beziehen. Aber die Statistik traf keine Aussagen darüber, ob die Leistungsempfänger zum Beispiel im eigenen Stadt- und Landkreis wohnen oder andernorts und welche Angebote im Land vorgehalten werden. Die neue Studie soll diese Lücke schließen und Informationen für die Sozialplanung liefern. Die Untersuchung steht im Internet kostenlos zur Verfügung. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Mitglieder des Verbandes sind alle 44 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs. Die kommunale Behörde ist überörtlicher Träger der Sozialhilfe, der Jugendhilfe, der Kriegsopferfürsorge und Sitz des Integrationsamtes.

www.kvjs.de

Zwangsbefehlung nur »als letztes Mittel« zulässig

Die vom Bundesverfassungsgericht zur Zwangsbefehlung im Maßregelvollzug entwickelten Maßgaben können auf die Zwangsbefehlung im Rahmen der öffent-

lich-rechtlichen Unterbringung übertragen werden. Dies hat das Bundesverfassungsgericht mit einem Beschluss im Juli 2017 bekräftigt. Damit ist eine medizinische Zwangsbehandlung nicht einsichtsfähiger Patienten »nur als letztes Mittel« und nur unter engen gesetzlichen Grenzen zulässig. Es verwarf damit eine Regelung in Mecklenburg-Vorpommern als unzureichend. Als Konsequenz werden wohl nach Ansicht von Experten auch andere Bundesländer ihre Gesetze ändern müssen.

Az: 2 BvR 2003/14

»Inklusionsfirmen« statt »Integrationsfirmen«

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen e. V. hat sich umbenannt in »Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen«. Die Organisation folgt damit den Neuregelungen im SGB IX, die den Begriff »Integrationsprojekte« durch »Inklusionsbetriebe« ersetzen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft vertritt die Interessen von rund 850 Integrationsunternehmen und 26.000 Beschäftigten. www.bag-if.de

Empfehlungen zur Fachkräftegewinnung in der Kindertagesbetreuung

Das Deutsche Rote Kreuz hat »Empfehlungen zur Fachkräftegewinnung und -bindung in der DRK-Kindertagesbetreuung« vorgelegt. Das achtseitige Arbeitspapier soll als Anregung für die Auseinandersetzung mit dem Thema dienen und zeigt ein breites Spektrum von Möglichkeiten auf. Je nach individuellen Bedingungen und Möglichkeiten müsse im Wettbewerb um Fachkräfte an unterschiedlichen Stellschrauben gedreht werden. Die Autoren empfehlen beispielsweise sich bei der Bezahlung an den öffentlichen Tarifverträgen zu orientieren und Befristungen zu vermeiden. Das Arbeitspapier kann frei zugänglich aus dem Internet heruntergeladen werden. www.drk-wohlfahrt.de

»Praxis trifft Forschung«

Unter dem Titel »Praxis trifft Forschung, Forschung trifft Praxis: Was wir voneinander wissen (wollen)« veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe am 1. und 2. Februar 2018 eine Transferkonferenz in Berlin. Die Konferenz

Termine



Refresher Rechtsberatung in der Arbeit mit Geflüchteten. 22. März 2018 in Frankfurt am Main. www.awo-frankfurt.com

SGB II und SGB XII: Grundlagen und neue Entwicklungen. 9. bis 11. April 2018 in Berlin. www.awo-bundeskademie.org

Phänomen Trauma als Herausforderung für die Sozialarbeit. 9. bis 12. April 2018 in Freiburg im Breisgau. www.caritas-akademien.de

Partizipation im Quartier. Beteiligung ermöglichen und organisieren. 12. April 2018 in Krefeld. www.paritaetische-akademie-nrw.de

Deutscher Fundraisingkongress 2018. 18. bis 20. April 2018 in Kassel. www.fundraising-kongress.de

Werkstätten Messe 2018. 18. bis 21. April 2018 in Nürnberg. www.werkstaettenmesse.de

Demokratie und Soziale Arbeit. Teilhabe, Solidarität und bürgerschaftliche Identifikation in einer pluralen Gesellschaft. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit. 27. und 28. April 2018 in Hamburg. www.dgsa.de

Betriebswirtschaftliche Kernwissenbestände und strategische Planung. 3. und 4. Mai 2018 in Heidelberg. www.akademiesued.org

81. Deutsche Fürsorgetag. 15. bis 17. Mai 2018 in Stuttgart. www.deutscherverein.de

Fachcontrolling im Sozialen Dienst. Systematische Darstellung und praktische Anwendung. 24. und 25. Mai 2018 in Berlin. www.kbw.de

Gesprächsführung mit »schwierigen Klienten/-innen«. 5. und 6. Juli 2018 und 13. und 14. Dezember 2018 in Münster. www.fh-muenster.de

Rechtsfragen in der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. 22. und 23. August 2018 in Frankfurt am Main. www.awo-frankfurt.com

Beziehungsdynamik bei psychischen Störungen. 26. bis 28. September 2018 in Berlin. www.akademie.org

Ein Team leiten – Basiswissen für eine erfolgreiche Teamleitung. 5. bis 7. November 2018 in Frankfurt am Main. www.akademiesued.org

wird in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) durchgeführt. Die Tagung will den Dialog zwischen Forschung und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe befördern und unter anderem Aspekte beleuchten der Organisationsentwicklung und Professionalisierung, der Umsetzungsmöglichkeiten wissenschaftlicher sowie möglicher Schnittstellen zwischen Forschung und Praxis. Die Veranstaltung richtet sich an Praktiker, Forschende, Aus- und Fortbildende, Multiplikatoren sowie kommunal- und fachpolitische Entscheidungsträger. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe ist das Forum bundeszentraler Zusammenschlüsse, Organisationen und Institutionen der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. www.agj.de

Betriebserlaubnis kann Nebenstelle einschließen

Eine Kindertagesstätte, die nach der Konzeption ihres Trägers räumlich dezentral in Form einer Hauptstelle und einer in einem Nachbarort gelegenen Nebenstelle betrieben werden soll, kann als Einrichtung im Sinne des Kinder- und Jugendhilferechts seine bestehende Betriebserlaubnis auf das neue Angebot ausdehnen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in einem neuen Urteil entschieden. Die klagende Kirchengemeinde war damit gegen das Landesjugendamt in Rheinland-Pfalz erfolgreich.

Az.: 5 C 1.16

Digitalisierung sozial gestalten

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben eine gemeinsame Absichtserklärung abgegeben, die digitale Transformation sozial mitgestalten zu wollen. Die vereinbarten Schwerpunkte reichen von sozialraumorientierter Arbeit, freiwilligem Engagement und Selbsthilfe, Beratung und Therapie über Qualifikation und Bildung bis hin zu Management, Personal- und Organisationsentwicklung. Bei der Gestaltung einer »sozialen Infrastruktur 4.0« seien die Wohlfahrtsverbände als zentrale Säule des Sozialstaates unverzichtbar, da sie in der Lage seien, gesellschaftliche Wirkungen der digitalen Transformation früh zu erkennen. Zugleich seien sie Akteure, welche die Folgen der Digitalisierung aktiv und am sozialen Ausgleich orientiert gestalten könnten.

Der Text der fünfseitigen Absichtserklärung kann im Internet abgerufen werden.
www.bagfw.de

»Betreuungskraft im häuslichen Umfeld« zertifiziert

Die Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg hat die von der Hausengel-Akademie und Springer-Pflege angebotene Schulung »Betreuungskraft im häuslichen Umfeld« zertifiziert. Die beiden gewerblichen Anbieter einer häuslichen 24-Stunden-Betreuung wollen damit einen branchenweiten Qualifizierungsstandard etablieren. Der Zertifikatskurs umfasst 23 Module und 230 Unterrichtseinheiten und unterstützt E-Learning. Nach Schätzungen leben und arbeiten in deutschen Privathaushalten rund 700.000 Betreuungskräfte vor allem aus dem osteuropäischen Ausland. www.hausengel.de/hausengel-akademie
www.springerpflege.de

Sozialwirtschaft nicht reif für Digitalisierung

Vielen sozialwirtschaftlichen Unternehmen mangelt es an wichtigen Grundlagen, um ihre Abläufe in einem System der Informationstechnologie (IT) widerzuspiegeln. Insbesondere fehlt es an einer ausreichenden Reife des Prozessmanagements. Das stellt die zehnte Ausgabe des »IT-Reports für die Sozialwirtschaft« fest, den die Arbeitsstelle für Sozialinformatik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt jährlich herausgibt. Mit den Funktionen der angebotenen Softwarelösungen seien die Anwender zwar weitgehend zufrieden, wie die Autoren Prof. Helmut Kreidenweis und Prof. Dr. Dietmar Wolff feststellen, jedoch tun sich bei der Flexibilität und Bedienerfreundlichkeit der Programme zwischen den Wünschen der Nutzer und der Umsetzung in der aktuell eingesetzten Software noch große Lücken auf. In den Leitungsgremien werde IT am häufigsten im Zusammenhang mit Datenschutz und IT-Sicherheit sowie mit Beschaffung von Hard- und Software thematisiert. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen IT-Strategie finde dort hingegen nur selten statt. Erstmals untersuchte der IT-Report auch das Thema Telefonie: Hier halten sich alte und neue Technologien die Waage, moderne Formen der Integration von Telefonie und Computer werden eher selten genutzt. Der IT-Report kostet 68,- Euro. www.sozialinformatik.de

Digitalisierung demokratisieren

Die Digitalisierung sozial mitgestalten will ein neues Bündnis, das sich in Stuttgart gegründet hat. Zu den Gründungsmitgliedern des Netzwerkes »Sozialer Zusammenhalt in digitaler Lebenswelt« gehören die unter anderem die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit, der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, verschiedene Gewerkschaften, die Universität Hohenheim sowie die Heinrich-Böll-Stiftung. Das Netzwerk will Gesprächspartner für Politik, Wirtschaft, Forschung und Technik sein, um gesellschaftliche Anforderungen in den Umbau gesellschaftlicher Umgangsformen zum frühestmöglichen Zeitpunkt einfließen zu lassen. Nach Ansicht der initiiierenden Organisationen soll digitale Transformation sozialpolitisch und zivilgesellschaftlich angepasst und demokratisiert werden. www.bagejsa.de

»Liebesleben« online

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat in dem neuen Internet-Portal »Liebesleben.de« ihre Informations- und Beratungsangebote unter anderem über HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen gebündelt. Die Beiträge unterrichten über eine Vielzahl verschiedener Themen, von Kondomgebrauch bis hin zu Online Dating und Coming Out. Es richtet sich insbesondere an junge Erwachsene. Einen eigenen Bereich gibt es zusätzlich für Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialwesen. www.liebesleben.de

Soziale Medien: Wichtig, aber unglaublich

Als Informationslieferanten liegen Facebook, Twitter & Co. ganz klar vor Zeitung, Fernsehen und Radio. Das geht aus einer Online-Umfrage hervor, für die die Forschende der FOM Hochschule über 2.500 zukünftige Fach- und Führungskräfte befragten. Doch wenn es um die Glaubwürdigkeit der Informationen gehe, bildeten die sozialen Medien das Schlusslicht. Als wesentlich glaubwürdiger schätzten die Befragten klassische Medien ein: öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio sowie die klassischen Tageszeitungen. Die Ergebnisse der nicht-repräsentativen Befragung »Fake News und Social Bots« stehen auf der Webseite der Hochschule zur Verfügung. Die private

FOM Hochschule mit Hauptsitz in Essen ist staatlich anerkannt und bietet betriebswirtschaftliche, ingenieur-, gesundheits- und sozialwirtschaftliche Studiengänge für Berufstätige und Auszubildende an.
www.fom.de

Jahrestagung zu Demokratie und Sozialer Arbeit

Die nächste Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit findet am 27. und 28. April 2018 in Hamburg statt. Rahmenthema ist »Demokratie und Soziale Arbeit«. Im Rahmen von Sozialer Arbeit werden Konzepte politischer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe entwickelt und umgesetzt. Diese reichen in der Einzelfallhilfe von gemeinsamer Zieldefinition, geteilter Entscheidungsfindung und Planung von Hilfen über aktivierende Gruppenmethoden, die Förderung von Selbsthilfe bis hin zu Beteiligungsverfahren in Stadt- oder Quartiersentwicklungsprozessen. Vor diesem Hintergrund sollen auf der Tagung verschiedene Fragestellungen vertiefend betrachtet werden.

www.dgsa.de

Nutzen und Grenzen der Wirkungsorientierung

Einen kritischen Blick auf die Wirkungsorientierung in der Sozialen Arbeit wirft Prof. Dr. Roland Roth, ehemals Hochschule Magdeburg-Stendal, in einem Beitrag für das 12. Forum Bürgergesellschaft der Stiftung Bürger für Bürger im Mai 2017. Gegenwärtige Wirkungsorientierungsanalysen fänden lediglich auf einer betriebswirtschaftlichen Organisations- oder Projektebene statt. Gesellschaft als Horizont bleibe ausgeblendet. Auch Besonderheiten bürgerschaftlichen Engagements, etwa Freiwilligenarbeit und Ehrenamt, würden kaum adäquat thematisiert. Sein kritischer Befund führt zu »Anregungen für eine selbstbewusste zivilgesellschaftliche Wirkungsdebatte«. Eine davon lautet: »Die vorhandenen managementorientierten Varianten der Wirkungsorientierung sollten eher sparsam und gezielt eingesetzt werden, denn der Aufwand ist enorm, die Nebenfolgen sind kaum kontrollierbar und der Nutzen für die Organisationspraxis nicht garantiert.« Der 16-seitige Beitrag steht auf der Webseite des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement zum Herunterladen zur Verfügung.

www.b-b-e.de

Kennzahlen

»Krumm kann nicht gerade werden, noch, was fehlt, gezählt werden.«

Die Bibel, Der Prediger Salomo (Kohelet) 1, 15

16.471.900

Nettoausgaben in Euro in Deutschland im Jahre 2016 für Eingliederungshilfen (SGB XII, 6. Kapitel)

84.230

Zahl der Inobhutnahmen in Deutschland im Jahre 2016 zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)

1.640.118

Anzahl der Männer und Frauen, die im Jahre 2016 in Deutschland Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bezogen

7.655.000

Zahl der Menschen im Jahre 2016 in Deutschland mit »atypischer Beschäftigung« (geringfügig oder befristet beschäftigt, in Teilzeit bis 20 Wochenstunden oder in Zeitarbeitsfirma)

634.036

Zahl der Menschen mit einer EU-Staatsangehörigkeit, die im Jahre 2016 nach Deutschland zugewandert sind

340.023

Zahl der Menschen mit einer EU-Staatsangehörigkeit, die im Jahre 2016 aus Deutschland weggezogen sind

18.576.000

Zahl der Menschen mit »Migrationshintergrund« in Deutschland (Stand 31. Dezember 2016)